

Rede von Joschka Fischer im Bundestag zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Nizza (19. Januar 2001)

Quelle: Web-Archiv - Zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Nizza, Rede von Bundesaußenminister Fischer vor dem Deutschen Bundestag am 19.01.2001 (Auszüge). [ONLINE]. [Berlin]: Auswärtiges Amt, [05.11.2004]. Disponible sur http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/presse_archiv?archiv_id=1192.

Urheberrecht: (c) Auswärtiges Amt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_joschka_fischer_im_bundestag_zu_den_ergebnissen_des_europaischen_rates_in_nizza_19_januar_2001-de-623104fe-dd9a-4ef8-937b-d8b862fff13d.html

Publication date: 05/09/2012

Zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Nizza Rede von Bundesaußenminister Fischer vor dem Deutschen Bundestag am 19. Januar 2001

Allgemeine Bewertung

Es entspricht der Tradition des Hauses, dass in einer Europadebatte – bei anderen Debatten lässt sich anhand des klaren Pro und Kontra genau verfolgen, wo die Fraktionsgrenzen verlaufen – ein Stück weit quer zu den politischen Lagern diskutiert wird, weil das Europathema kein parteipolitisches Thema ist. Herr Merz, ich finde es schade, dass Sie hier im Grunde genommen versuchen, Innenpolitik zu machen. Deshalb lassen Sie mich bei der Bewertung der Ergebnisse von Nizza eine klare Gegenposition zu Ihnen beziehen: "Der Gipfel von Nizza war ein wichtiger und entscheidender Schritt auf dem Weg zur europäischen Einigung. Insofern war er durchaus ein Erfolg."

Ich komme auf die Frage zurück, weshalb man eigentlich das Ergebnis von Nizza kritisiert. Kritisiert man das Ergebnis, weil es einem in dem einen oder anderen Punkt nicht zusagt oder weil man meint, dass es nicht ausreichend sei? Kritisiert man es und lehnt man es unter dem Gesichtspunkt ab: Wir wollen es nicht? Wäre es nicht angemessener – das Parlament kann in seiner Kritik weiter gehen als die Bundesregierung, die in die europäische Kompromissstruktur eingebunden ist –, konstruktiv zu kritisieren? Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass der Bundesrat und die Ministerpräsidenten offensichtlich die klügere Variante gewählt haben und dies auch zu entsprechenden Erträgen im Vorfeld von Nizza geführt hat. Das ist der entscheidende Unterschied.

Gestatten Sie mir, an diesem Punkt klipp und klar zu sagen: Der europäische Einigungsprozess entscheidet über die Zukunft aller Mitgliedstaaten im 21. Jahrhundert. Deswegen wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass wir diesen Einigungsprozess unter dem Gesichtspunkt der großen historischen Herausforderung der Erweiterung voranbringen. Das hatte der Gipfel von Nizza zu leisten und er hat es auch geleistet.

[...] Nizza hat entscheidende Fortschritte gebracht – der Bundeskanzler hat diese dargestellt –, nämlich in der Frage einer wesentlich handhabbarereren verstärkten Zusammenarbeit und in der Definition des Post-Nizza-Prozesses inklusive der Abschlussperspektive für das Jahr 2004.

Wenn man dann noch den ersten Schritt hinzunimmt, nämlich die Annahme der Grundrechte-Charta auf der politischen Ebene, die Erwartung, dass der Beschluss, der gefasst wurde, 2004 faktisch auf einen Verfassungsprozess zur Kompetenzfrage hinausläuft – in Verbindung mit der Grundrechte-Charta –, und wenn man dann noch die Komponente der verstärkten Zusammenarbeit hinzunimmt und sieht, dass wir am 1. Januar des kommenden Jahres die Euro-Einführung haben, dass wir die beginnende Erweiterung haben und dass wir im Vorfeld von 2006 auch die Notwendigkeit eines neuen Finanzkompromisses haben werden, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie diese Parameter anlegen und betrachten, was Nizza geleistet hat, gleichzeitig aber fordern, dass wir das deutsch-französische Verhältnis wieder in Ordnung bringen und Nizza ablehnen sollen, dann müssen Sie mir einmal erklären, wie Sie das jenseits des Zustands der Schizophrenie zusammenbringen wollen.

[...] Wenn wir sagen würden, Nizza ist gescheitert, und wenn wir die Position der FDP übernehmen würden, wir wollten einen neuen Gipfel, weil Nizza gescheitert sei, wäre das für das deutsch-französische Verhältnis so ziemlich das Schlimmste, was eine Bundesregierung machen könnte. [...] Insofern ist diese Forderung nicht nur nicht klug, sondern sie ist gegen die Interessen Deutschlands, sie ist gegen das Interesse, ein gutes deutsch-französisches Verhältnis zu haben, und sie ist gegen die europäischen Interessen gerichtet. Daher lehnen wir sie ab.

Meine Damen und Herren, was hatte Nizza tatsächlich zu leisten? Herr Kollege Merz, es tut mir Leid: Nizza hatte all das, was Sie dem Bundeskanzler vorgeworfen haben – was die Vertiefungsperspektive betrifft –, nicht zu leisten. Was Nizza zu leisten hatte, war die Abarbeitung der "leftovers", die Sie genannt haben. Sie sind aber nicht auf ein einziges "leftover" eingegangen. Gehen wir einmal die einzelnen Punkte durch; ich

möchte mich nicht in Polemik erschöpfen, sondern wirklich diskutieren.

Mehrheitsentscheidung

Sie haben den Punkt der Mehrheitsentscheidung genannt. Der Bundeskanzler hat in der Abschlusspressekonferenz gesagt – er hat es wiederholt und ich habe es in der Sondersitzung des Europaausschusses auch gesagt –, wir hätten uns in diesem Punkt durchaus ein ambitionierteres Ergebnis gewünscht. Zwei große Problembereiche standen dem entgegen. Das können Sie nicht bei der Bundesregierung abladen; denn wir waren willens, hier weiter zu gehen, haben aber keine Einstimmigkeit dafür bekommen.

Der erste große Problembereich ist das, was man mit Finanz- und Steuerpolitik beschreiben kann. Großbritannien hat von Anfang an und auch schon im Vorfeld klargemacht, dass seine Bewegungsspielräume auf diesem Gebiet minimal sind. Das ist ein Faktum, das Sie nicht bei der Bundesregierung abladen können. Ein zweites Ziel von uns war, Mehrheitsentscheidungen in der Außenhandelspolitik zu bekommen. Das wiederum wurde von anderen Partnern an die Bewegung in der Steuerfrage geknüpft. Das war die Situation.

Die Bundesregierung war im europäischen Interesse bereit, bei beiden Punkten weiter zu gehen und Bewegung hineinzubekommen und auch in anderen Bereichen noch draufzulegen. Der Bundeskanzler hat dies in verschiedenen Gesprächen angeboten. Dass wir das nicht durchsetzen konnten, können Sie jetzt als Versagen der Bundesregierung kritisieren. Aber das ist doch unrealistisch. Man kann sich die Dinge doch nicht sozusagen schöner träumen, als sie tatsächlich sind.

Größe der Kommission

[...] Der zweite Punkt, den Sie, Herr Kollege Merz, angesprochen haben, war die Größe der Kommission. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der französischen Regierung von Anfang an gesagt, wir wünschen uns eine kleinere Kommission. Aber das ist kein "leftover". Die kleinen Länder haben sich mit ihrer Forderung durchgesetzt. Sonst hätte es in Nizza kein Ergebnis gegeben. Die FDP bezieht ja diese Position: Kein Ergebnis ist besser als dieses Ergebnis. Das ist die Konsequenz der Position der FDP in Bezug auf die Ablehnung. Das muss man wissen.

[...] Wir hätten uns eine kleinere Kommission gewünscht. Aber das war mit den kleinen Mitgliedstaaten nicht machbar. Nun wird der Bundesregierung vorgehalten: Ihr müsst die kleinen Mitgliedstaaten pflegen. Das ist richtig. Der Bundeskanzler hat wirklich sehr viele Reisen gemacht. [...] Der entscheidende Punkt ist doch, dass die kleinen Mitgliedstaaten je einen Sitz wollten. Daher war eine kleinere Kommission nicht durchsetzbar. Auch hier handelt es sich also nicht um ein "leftover" [...]

Abstimmungsverfahren

Der dritte Punkt betrifft das Abstimmungsverfahren. Ich kann Ihnen sagen: Die Bundesregierung hätte sich das Verfahren der doppelten Mehrheit gewünscht. Das war unsere Position, und zwar deswegen, weil die Prinzipien der Staatenmehrheit – das Prinzip des Staatenverbundes – und der Bevölkerungsmehrheit – das demokratische Prinzip des Bürger Europas in der Europäischen Union – die Mehrheitsregeln eines sich integrierenden bzw. eines, wie ich hoffe, eines Tages die politische Einheit erreichenden Europas bestimmen. Die Position der Bundesregierung war, die beiden Grundprinzipien – Staatengleichheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger – zur Geltung zu bringen. Das setzt angesichts der Größendifferenzen eine gewisse Gewichtung voraus. Das konnten wir nicht durchsetzen. Auf der anderen Seite wird gesagt – wir teilen diese Auffassung –, dass das deutsch-französische Verhältnis für die Bundesregierung und für die Koalition – dasselbe gilt für die Vorgängerregierungen – unverzichtbar ist. Es ist das Schwungrad der europäischen Einigung. Insofern müssen wir für Positionen unseres Partners Verständnis haben, selbst wenn sie nicht die unsrigen sind, und wir müssen einen gemeinsamen Weg finden.

Wir hielten den Vorschlag der französischen Präsidentschaft für das Abstimmungsverfahren – es beinhaltet

ein entsprechendes Sicherheitsnetz – für einen Kompromiss, der unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität, aber auch des Staatenprinzips und des Demokratieprinzips nicht nur vertretbar ist, sondern auch unsere Billigung gefunden hat. Dieses Abstimmungsverfahren ist kein "leftover". Die Voraussetzungen, um die Erweiterung jetzt beginnen zu können, sind damit geschaffen worden.

Allein die Reaktion in den Kandidatenstaaten macht doch klar, wie viel Hoffnung damit verbunden wird. Deswegen werde ich emphatisch für die Ratifizierung. Als überzeugter Integrationist, als überzeugter Europäer weiß ich selbst, dass viele Hoffnungen in Nizza nicht in Erfüllung gegangen sind. Gleichzeitig hat Nizza aber eine entscheidende Voraussetzung für den Erweiterungsprozess geschaffen, den wir jetzt zügig vorantreiben müssen. Es ist zu lange gewartet worden. Gerade die FDP hat immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen, das heißt, dass Erweiterung stattfindet.

[...] Ich komme auf die Chancen des **Post-Nizza-Prozesses** zu sprechen, was die Vertiefung betrifft. [...] Gerade perspektivisch gesehen sind die weiteren Schritte hin zur politischen Integration von entscheidender Bedeutung. Das gilt zum Beispiel für die Frage der Kompetenzabgrenzung. Darüber Einigkeit zu erzielen wird im Post-Nizza-Prozess ein verdammt schweres Unterfangen werden. Kompetenzabgrenzung lässt sich leicht fordern, aber die Umsetzung ist – man denke an die unterschiedlichen nationalen Traditionen und Interessen – alles andere als einfach. Gerade die großen Fraktionen im Europaparlament werden merken, wie schwierig es in der Praxis sein wird, dieses Thema durchzudeklinieren.

Deutsch-französisches Verhältnis

Als letzten Punkt möchte ich das deutsch-französische Verhältnis ansprechen. Ich habe vorhin schon gesagt – der Bundeskanzler hat es nachdrücklich unterstrichen –: Ich finde es unfair, was alles in den Medien und von Teilen unserer Öffentlichkeit bei der französischen Präsidentschaft abgeladen wurde. Es gab einen Widerstreit der nationalen Interessen.

Manches in Nizza erinnerte gerade uns Deutsche an den Versuch der alten Westbundesländer, sich im Prozess der Erweiterung – es ging damals um den Länderfinanzausgleich – zu arrondieren. Mir kam das alles, was in Nizza geschah, sehr bekannt vor, weil ich damals selbst Mitglied einer Landesregierung war. Die alte Union hat versucht, sich gewissermaßen ihrer selbst vor der großen historischen Aufgabe der Erweiterung zu vergewissern. Als die alten Westbundesländer versuchten, ihre Interessen zu arrondieren, hat das den Einigungsprozess nicht aufgehalten. Es war ein Schritt, der vollzogen wurde. Diesem Schritt folgten weitere. Wie wir gesehen haben, war dieser Prozess – bei allem, was es zu kritisieren gibt – sehr erfolgreich.

Das alles bei der französischen Präsidentschaft abzuladen finde ich unfair. Die französische Präsidentschaft hatte eine extrem schwierige Aufgabe in einem extrem schwierigen Umfeld zu erfüllen. Das muss man wissen.

Wenn uns an einem guten deutsch-französischen Verhältnis liegt, müssen wir auch und gerade in einer solchen schwierigen Situation zu unseren französischen Freunden und Partnern stehen. Die Bundesregierung tut dies. Für uns ist das deutsch-französische Verhältnis ein unverzichtbares Fundament des europäischen Einigungsprozesses, an dem wir weiterarbeiten.

Zusätzlicher Beitrag des Bundesaußenministers in der gleichen Debatte

"Es gibt in der Europäischen Union der 15 unterschiedliche Sichtweisen zu den Ergebnissen von Nizza. Ich habe neulich mit einem französischen Kollegen in Paris eine sehr vertiefende und sehr gute Diskussion geführt. [...] Wir müssen Acht geben, nicht nur unsere Sicht zu sehen. Die französische Regierung, aber auch die französische Öffentlichkeit nehmen teilweise eine unterschiedliche Bewertung vor. Wir dürfen jetzt durch die Bewertung von Nizza nicht ein zusätzliches deutsch-französisches Problem heraufbeschwören, denn sonst erhalten wir mit Sicherheit das negative Ergebnis, vor dem wir uns gemeinsam fürchten. Das ist es, worum es mir geht.

Wenn ich hier als Abgeordneter säße – Kollege Hausmann hat es ja gesagt –, würde ich doch nicht erwarten, dass die Ergebnisse nicht kritisiert werden. Im Gegenteil: Es ist die Pflicht der Abgeordneten zu kritisieren; das hilft uns auch. Aber unsere gemeinsame Perspektive muss die Ratifikation sein. Wenn wir jetzt in Paris sagen müssten: "Unser Parlament hat gesagt, es ist mit den Ergebnissen unzufrieden", würde das zu einem schweren Konflikt mit Frankreich führen. Wir können 2002 nicht sagen: Wir wollen eine neue Regierungskonferenz. Ich halte das auch in der Sache nicht für richtig.

Allein dieses Argument müsste Sie doch sehr nachdenklich machen, gerade auch vor dem Hintergrund der großartigen europapolitischen Tradition Ihrer Partei und der Außenminister, die Sie gestellt haben, und die Sie zu Recht unterstreichen. Insofern appelliere ich nochmals an die Freien Demokraten zuzustimmen.

Ich weiß, bei Amsterdam hatten wir die gleiche Situation. Hätte das Ergebnis von unserer Stimme abgehungen, hätte ich selbstverständlich trotz meiner Bedenken zugestimmt, weil ich ein Scheitern eines Europavertrages im Deutschen Bundestag mit meiner Stimme niemals zugelassen hätte, auch nicht in der Opposition. Ich weiß also um die Verführung, abzulehnen. Aber Sie sollten gerade aufgrund der ganz anderen, längeren Tradition Ihrer Partei und Fraktion, aufgrund der großartigen europapolitischen Tradition der Außenminister, die Sie, angefangen von Walter Scheel, gestellt haben, ernsthaft darüber nachdenken, ob Sie nicht gerade aus diesem Grund besondere Verpflichtung haben. Deswegen werbe ich für die Zustimmung zur Ratifizierung auch und gerade der liberalen Partei."